

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober 2023

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu und Sabine Pokorny

- › Die CDU gewinnt die Landtagswahl in Hessen. Die SPD erzielt ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis. Grüne und FDP verlieren. Somit haben in Hessen wie in Bayern die Parteien der Regierungskoalition im Bund Verluste zu verzeichnen. Die AfD erzielt ihr bestes Ergebnis in einem westdeutschen Bundesland. Die Linke ist nach 15 Jahren nicht mehr im Parlament vertreten.
- › Als Volkspartei der Mitte kann die CDU sowohl mit der Führungsstärke des Ministerpräsidenten Boris Rhein wie auch bei Kompetenzen in wichtigen Themenfeldern punkten.
- › Die SPD konnte weder mit der Kandidatin, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, noch mit Problemlösungskompetenzen überzeugen.
- › Die Grünen haben vor allem in ihrer Kernkompetenz, der Klima- und Umweltpolitik, starke Einbußen zu verzeichnen.
- › Die AfD kann inhaltlich im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik punkten. Hinzu kommt, dass die getrübbte wirtschaftliche Stimmung vor allem die AfD-Anhängerschaft prägt.

Inhaltsverzeichnis

Die Landtagswahl in Hessen 2023	3
1. Das Wahlergebnis in Hessen	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung	4
3. Sozialstruktur und Wählerwanderung.....	7
Impressum	10
Die Autorinnen.....	10

Die Landtagswahl in Hessen 2023¹

Am 8. Oktober fanden in Hessen und Bayern Landtagswahlen statt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung analysiert ausschließlich Wahlen, an denen die CDU teilnimmt. Daher wird keine Analyse der Landtagswahl in Bayern erstellt. Gelegentlich werden als Vergleich Daten aus Bayern in die Analyse integriert.

1. Das Wahlergebnis in Hessen

Die **CDU** kann in Hessen deutliche Zuwächse verbuchen und erzielt 34,6 Prozent der Zweitstimmen (+7,6). Damit wird sie von 973 Tsd. Wählerinnen und Wählern unterstützt. Auch bei den Erststimmen kann die CDU hinzugewinnen und erreicht 35,6 Prozent (+6,2). Über die Landesliste ziehen keine Abgeordneten der CDU in den Landtag ein. Alle 52 Sitze sind Direktmandate (+12).

Die **AfD** wird mit 18,4 Prozent und einem Zuwachs von 5,3 Punkten zweitstärkste Kraft in Hessen. Das ist das mit Abstand beste Ergebnis der AfD in einem westdeutschen Bundesland. 519 Tsd. Wählerinnen und Wähler entscheiden sich für die AfD. Bei den Erststimmen erzielt die AfD 17,5 Prozent (+4,9). Sie entsendet 28 Abgeordnete in den Landtag (+9), die alle über die Landesliste einziehen.

Drittstärkste Partei wird die **SPD** mit einem Zweitstimmenanteil von 15,1 Prozent. Damit verliert die SPD 4,7 Punkte und fährt zum zweiten Mal in Folge ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Hessen ein. Sie wird von 424 Tsd. Wählerinnen und Wählern unterstützt. Bei den Erststimmen schneidet die SPD mit 18,3 Prozent (-5,1) besser ab als bei den Zweitstimmen. Sie verliert jedoch alle Direktmandate. Die SPD büßt insgesamt sechs Mandate ein und entsendet 23 Abgeordnete über die Landesliste in das Hessische Parlament.

Die **Grünen** verlieren 5,0 Punkte und erzielen 14,8 Prozent der Zweitstimmen. Damit entscheiden sich 416 Tsd. Wählerinnen und Wähler für die Grünen. Sie können 14,2 Prozent der Erststimmen (-3,9) auf sich vereinen. Die Grünen können drei Direktmandate gewinnen (Kassel-Stadt I, Darmstadt I, Frankfurt am Main V), verlieren aber im Vergleich zur Landtagswahl 2018 zwei Direktmandate (Offenbach-Stadt, Frankfurt am Main II). Insgesamt ziehen 22 Abgeordnete der Grünen in den Landtag ein (-7).

Die **FDP** schafft nach endgültigem amtlichem Ergebnis mit 5,0 Prozent der Zweitstimmen knapp den Einzug in den Hessischen Landtag. Sie verliert 2,5 Punkte und wird von 142 Tsd. Wählerinnen und Wählern unterstützt. Die FDP verliert drei Sitze und entsendet acht Abgeordnete ins Parlament.

Die **Linke** scheitert dagegen deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde. Seit 2008 war sie durchgehend im Hessischen Landtag vertreten. Nun verliert sie 3,2 Punkte und kann lediglich 3,1 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen. Damit ist die Linke in keinem westdeutschen Flächenland mehr im Landtag vertreten.

Die **sonstigen Parteien** kommen insgesamt auf 9,0 Prozent der Zweitstimmen. Das entspricht einem Plus von 2,5 Punkten. Unter den sonstigen Parteien erzielen die Freien Wähler 3,5 Prozent der Zweitstimmen (+0,5 Punkte). Auch die Tierschutzpartei (1,5 Prozent) und die Partei Volt (1,0 Prozent) nehmen an der Parteienfinanzierung teil.

Die **Wahlbeteiligung** ist in Hessen leicht gesunken und liegt bei 66,0 Prozent (-1,3).

2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

Die CDU ist der Wahlsieger der Landtagswahl. Nachdem CDU und SPD bei der letzten Wahl erhebliche, zweistellige Verluste erfahren mussten, kann sich die CDU erholen, die SPD muss erneut Verluste hinnehmen. Die Berliner Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP müssen sowohl in Hessen als auch in Bayern Einbußen verkraften. Die AfD hat das beste Wahlergebnis in den westdeutschen Bundesländern.

Als Volkspartei der Mitte kann die CDU sowohl mit der Führungsstärke des Ministerpräsidenten wie auch bei Kompetenzen in wichtigen Themenfeldern punkten. Die SPD konnte weder mit der Kandidatin noch mit Problemlösungskompetenzen überzeugen. Die Grünen haben vor allem in ihrer Kernkompetenz, der Klima- und Umweltpolitik, starke Einbußen zu verzeichnen. Die AfD kann inhaltlich im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik punkten. Hinzu kommt, dass die getrübe wirtschaftliche Stimmung vor allem die AfD-Anhängerschaft prägt.

Die CDU profitiert von den Stimmen ehemaliger Wählerinnen und Wähler der Ampelparteien. Diesen hat sie – trotz minimaler Abwanderungen an die AfD – ihren Zuwachs zu verdanken. Dies ist auch in Bayern so, wo vor allem ehemalige Wählerinnen und Wähler der Grünen für die CSU stimmen. Allerdings stehen diesem Zuwachs in Bayern in etwa gleich große Abwanderungen an Freie Wähler und AfD entgegen. Die AfD mobilisiert in Hessen vor allem ehemalige Wählerinnen und Wähler von SPD und FDP (Infratest dimap). Die wirtschaftliche Stimmung hat sich im Vergleich zur Vorwahl deutlich getrübt.

In Hessen spielen **bundespolitische Wahlmotive** eine verhältnismäßig große Rolle. So sagen 40 Prozent der Wahlberechtigten, die Politik im Bund sei wichtiger für ihre Wahlentscheidung als die Landespolitik. Dies ist ein vergleichsweise hoher Wert. Zum Vergleich nennen nur 29 Prozent der Wahlberechtigten in Bayern bundespolitische Wahlmotive (Forschungsgruppe Wahlen).

Boris Rhein ist seit 18 Monaten **Ministerpräsident**. Daher wirkt sich der Amtsbonus schwächer aus, als bei Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, die den Bürgerinnen und Bürgern eine volle Legislaturperiode vertraut sind. Dies zeigte sich z.B. bei Hendrik Wüst (2022), Tobias Hans (2022) oder auch bei Malu Dreyer (2016), die auch während der Legislaturperiode ins Amt kamen.

Bei der Frage, wen die Wahlberechtigten lieber als Ministerpräsidenten oder Ministerpräsidentin hätten, liegt Rhein eindeutig vor den beiden Mitbewerbern um das Amt. 61 Prozent hätten ihn gegenüber Nancy Faeser von der SPD bevorzugt, die von 21 Prozent genannt wird. Im Vergleich zum Grünen Spitzenkandidaten Tarek Al-Wazir würden 50 Prozent Rhein bevorzugen, 30 Prozent Al-Wazir. Allerdings kann Rhein damit den Vorsprung gegen Al-Wazir ausbauen. 2018 lagen Volker Bouffier und Al-Wazir fast Kopf an Kopf (44 Prozent Bouffier; 40 Prozent Al-Wazir) (Forschungsgruppe Wahlen).

Vor allem in der CDU-Anhängerschaft kann Rhein punkten. 88 Prozent hätten ihn im Vergleich zu Faeser lieber als Ministerpräsidenten. 82 Prozent der CDU-Anhängerschaft würden ihn gegenüber Al-Wazir bevorzugen. Auf vergleichbare Werte in der eigenen Anhängerschaft kommt auch Al-

Wazir (89 Prozent). Faeser kann hingegen auch in der SPD-Anhängerschaft nur vergleichsweise schwach punkten. 69 Prozent der SPD-Anhängerinnen und -Anhänger hätten sie lieber als Ministerpräsidentin (Forschungsgruppe Wahlen).

In der Wahlforschung wird der Zuordnung der sogenannten Leadership-Kompetenz bei Personen für die Wahlentscheidung eine große Bedeutung beigemessen. Die Wahrnehmung von Sympathie hat einen schwächeren Einfluss auf das Wahlverhalten. Rhein liegt bei der Einstufung der **Führungsstärke** eindeutig vor den Mitbewerbern. 46 Prozent der Wahlberechtigten halten ihn für am führungsstärksten. Faeser und Al-Wazir sind mit 13 und 14 Prozent weit abgeschlagen. 40 Prozent sagen, er sei am kompetentesten (Al-Wazir: 22 Prozent; Faeser 12: Prozent). Bei Al-Wazir gibt es auch in der eigenen Anhängerschaft Zweifel an der Führungsstärke. Nur 35 Prozent der Grünen-Anhänger halten ihn für am führungsstärksten. Bei der Glaubwürdigkeit liegt Rhein mit 37 Prozent vor den Mitbewerbern (Al-Wazir: 25 Prozent; Faeser 11 Prozent). Bei der Sympathieeinstufung liegen Rhein und Al-Wazir gleichauf (32 Prozent). Faeser kommt bei keiner Eigenschaft über 15 Prozent und auch innerhalb der SPD-Anhängerschaft werden ihr von weniger als der Hälfte diese positiven Eigenschaften zugeordnet (Infratest dimap).

Insgesamt wird die **wirtschaftliche Lage** in Hessen deutlich schlechter eingestuft als vor fünf Jahren. 48 Prozent bewerten die wirtschaftliche Situation als sehr gut/gut. Dies entspricht einem Rückgang von 37 Punkten. Vor allem die AfD-Anhängerinnen und -Anhänger zeigen wenig Optimismus. Nur 13 Prozent bewerten die Lage positiv. Die wirtschaftliche Lage nennen 21 Prozent als für sie wichtigstes Thema bei der Wahlentscheidung. 20 Prozent bezeichnen Klima und Energie und weitere 18 Prozent die Zuwanderung als wichtigstes Thema (Infratest dimap).

Mit einer etwas anderen Fragestellung wird die negative Grundstimmung noch klarer. 70 Prozent sagten 2018, dass die Wirtschaftslage in Hessen gut sei. 2023 sind noch 25 Prozent dieser Ansicht. 14 Prozent bewerten die wirtschaftliche Lage in Deutschland noch positiv (Forschungsgruppe Wahlen). Auch die Zufriedenheit mit der Landesregierung ist leicht (um 13 Punkte) gesunken (Infratest dimap).

Eine negative Bewertung der wirtschaftlichen Gesamtlage muss sich nicht auf die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation auswirken. Doch sind auch in dieser Frage deutliche Eintrübungen in der Stimmung sichtbar. 2018 sagten 68 Prozent, ihre eigene wirtschaftliche Lage sei gut. 2023 ist dieser Anteil auf 53 Prozent gesunken. 26 Prozent der Hessinnen und Hessen erwarten zudem, dass die gesamte wirtschaftliche Lage in einem Jahr schlechter wird. Mit 55 Prozent fürchten vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der AfD, dass es schlechter wird (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch in einer anderen Frage zeigt sich gewachsene Skepsis. 2018 waren 70 Prozent der Hessinnen und Hessen der Ansicht, dass Hessen die vielen **Flüchtlinge** verkraften kann. Bei dieser Wahl glauben das noch 41 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Daher überrascht es nicht, dass 72 Prozent zustimmen, wenn gefragt wird „Wie sehen sie das? Brauchen wir grundsätzlich eine andere Asyl- und Flüchtlingspolitik, damit weniger Menschen zu uns kommen oder nicht“. Über 90 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger von AfD, FDP und CDU stimmen hier zu. Doch auch innerhalb der Wählerschaften der SPD und der Grünen wird dieser Position zugestimmt. So begrüßen 56 Prozent in der Anhängerschaft der SPD weniger Zuwanderung und in der Anhängerschaft der Grünen sind es 47 Prozent (Infratest dimap).

Dabei variieren die **Wahlmotive** der unterschiedlichen Anhängerschaften erheblich. Für die Anhängerinnen und Anhänger der CDU ist die thematische Präferenz weniger eindeutig als bei

den Anhängerinnen und Anhängern der anderen Parteien. Zwar liegt die wirtschaftliche Entwicklung mit 32 Prozent Nennungen an erster Stelle, aber auch die anderen Themen liegen der Anhängerschaft der CDU am Herzen. So nennen z.B. 20 Prozent Zuwanderung und 16 Prozent innere Sicherheit. Anders sieht es bei den Grünen aus. Deren Anhängerschaft ist mit 63 Prozent recht monothematisch am Thema Klima und Energie interessiert. Mit 14 Prozent ist die Bildungspolitik abgeschlagen an zweiter Stelle. Auch bei der AfD dominiert ein Thema: 51 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der AfD nennen die Zuwanderung. Mit 18 Prozent Nennungen folgt an zweiter Stelle die wirtschaftliche Entwicklung. In der Anhängerschaft der Liberalen nennen zwar 36 Prozent die wirtschaftliche Entwicklung, doch fällt in dieser Anhängerschaft die Themenpräferenz vielfältiger aus. Auch die Anhängerschaft der SPD hat kein klares Themenprofil. Mit 25 Prozent wird das Thema Bildung noch am häufigsten genannt (Infratest dimap).

Eine große Heterogenität der Wahlberechtigten zeigt sich ebenso bei den **Sorgen**. Und hier ergibt sich ein Antwortschema, das sich immer wieder in Umfragen zeigt. In allen Punkten ist der Abstand zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der AfD und der Grünen am größten, leben diese Anhängerschaften in ihrem Sorgenprofil in unterschiedlichen Welten. Die Meinungen aller anderen Parteianhänger bewegen sich zwischen diesen Polen. Nach wie vor sorgen sich die meisten Menschen davor, dass der „Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört“ (63 Prozent). Innerhalb der Anhängerschaft der Grünen stimmen dem 87 Prozent zu, innerhalb der AfD sind es 32 Prozent (CDU: 67 Prozent; SPD: 71 Prozent; FDP: 41 Prozent). Keine Anhängerschaft ist so sorgenbeladen wie die Anhängerschaft der AfD. Bei einer Vielzahl von Themen machen sich mehr als 90 Prozent Sorgen (Kriminalität, zu viele fremde Menschen kommen, Verlust deutscher Sprache und Kultur). 87 Prozent in der AfD-Anhängerschaft sorgen sich, dass sie ausgegrenzt werden und 80 Prozent machen sich Sorgen, den Lebensstandard nicht mehr halten zu können. Im Durchschnitt aller Befragten kommen nur zwei Themen über 60 Prozent (Klimawandel und Kriminalität). Alle anderen Themen erhalten deutlich seltener Nennungen. Dies verdeutlicht, wie sehr die Einstellungswelt und die politische Wahrnehmung der AfD-Anhängerschaft sich von anderen Anhängerschaften und der Bevölkerung unterscheidet (Infratest dimap).

Wechselt man die Perspektive und betrachtet die **wichtigsten Probleme** in Hessen, liegt das Thema Zuwanderung/Asyl/Integration mit 36 Prozent weit vorn. Bei der Vorwahl nannten noch 32 Prozent das Thema Bildung (2023: 24 Prozent). Auch Energie und Klima hat mit 23 Prozent einen hohen Stellenwert (Forschungsgruppe Wahlen).

Bei den drei wichtigsten Themen liegt die CDU bei der Bewertung der **Kompetenzen** vor allen anderen Parteien. So trauen ihr 25 Prozent die Problemlösungskompetenz im Themenfeld Flüchtlinge und Asyl zu. Allerdings liegt die AfD mit 21 Prozent nur recht knapp hinter der CDU, was sicherlich das gute Abschneiden der AfD erklärt (Forschungsgruppe Wahlen). Mit einer etwas anderen Fragestellung bestätigt sich dieser Befund auch bei Infratest dimap. Dort halten 19 Prozent die AfD in der Frage der Asyl- und Flüchtlingspolitik für kompetent. Der CDU wird von 25 Prozent die Lösungskompetenz zugesprochen (Infratest dimap).

Die AfD kann bei allen politischen Themen – wenn auch auf niedrigem Niveau – Kompetenzzuwächse verbuchen. Im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik entspricht das einem Zuwachs von 9 Punkten gegenüber 2018 (Infratest dimap).

Die CDU punktet damit, dass ihr 33 Prozent der Hessen zutrauen, die wichtigsten Aufgaben in Hessen zu lösen. Den Sozialdemokraten trauen dies 16, den Grünen 9 und der AfD ebenfalls 9 Prozent zu (Infratest dimap). Auch bei der Forschungsgruppe Wahlen nennen 33 Prozent die

CDU als die Partei, die die zukünftigen Probleme am besten lösen kann. Alle anderen Parteien kommen nicht über 12 Prozent.

Der CDU werden vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik Kompetenzen zugesprochen. 41 Prozent trauen es der CDU zu, die Wirtschaft voranzubringen (-7 Punkte im Vergleich zur Vorwahl). Ebenso 41 Prozent halten sie bei der inneren Sicherheit für kompetent und 29 Prozent in der Schul- und Bildungs- sowie 27 Prozent in der Verkehrspolitik. In den drei letztgenannten Themen sind die Veränderungen zur Vorwahl gering (Infratest dimap).

Die Grünen haben in ihrer Kernkompetenz, der Klima- und Umweltpolitik, gegenüber der Vorwahl massiv an Kompetenzzuschreibungen verloren. Trauten 2018 noch 75 Prozent der Wahlberechtigten den Grünen zu, auf diesem Themenfeld Aufgaben lösen zu können, so sagen dies 2023 noch 39 Prozent. Auch bei der Verkehrspolitik verlieren die Grünen an Zutrauen (Infratest dimap).

Während 69 Prozent der Hessen die **AfD** für eine rechtsextreme Partei halten, teilen gerade einmal 5 Prozent der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger diese Position. 80 Prozent der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger stimmen der Aussage zu: „Es ist mir egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht.“ (Infratest dimap). 53 Prozent sagen, dass sie die AfD aufgrund ihrer politischen Forderungen wählen. 44 Prozent geben hingegen an, die AfD als Denkkettel für andere Parteien zu benutzen. Dies hat sich gegenüber 2018 deutlich geändert. 2018 nannten 62 Prozent den Denkkettel als Motiv und 32 Prozent gaben inhaltliche Gründe an (Forschungsgruppe Wahlen).

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung²

Die **CDU** gewinnt am meisten Stimmen von der SPD. Im Saldo stimmen 76 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler jetzt für die CDU. Von den Grünen wechseln 57 Tsd. Wählerinnen und Wähler zur CDU. Weitere 50 Tsd. Stimmen kann die CDU von der FDP gewinnen. Trotz der leicht gesunkenen Wahlbeteiligung kann die CDU 47 Tsd. frühere Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisieren. 6 Tsd. Stimmen kommen zudem von der Linken. Lediglich an die AfD verliert die CDU 17 Tsd. Stimmen.

Wie bei den meisten Wahlen schneidet die CDU bei älteren Wählerinnen und Wählern besser ab als bei jüngeren. Überdurchschnittliche Zugewinne erzielt sie vor allem in der Altersgruppe von 45 bis 59 Jahren. Stärkste Kraft ist die CDU aber in allen Altersgruppen. In Städten über 100.000 Einwohnern fällt das Ergebnis der CDU unterdurchschnittlich aus.

Die **AfD** gewinnt von allen Parteien Stimmen. Den höchsten Zuwachs verzeichnet die AfD jedoch aus dem Nichtwählerlager mit einem Plus von 46 Tsd. Stimmen. Von der SPD wechseln 29 Tsd. Wählerinnen und Wähler zur AfD. Auch von der FDP kann die AfD 24 Tsd. Wählerinnen und Wähler gewinnen. Dazu kommen 18 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der sonstigen Parteien. 17 Tsd. frühere Wählerinnen und Wähler der CDU stimmen nun für die AfD, ebenso 14 Tsd. ehemalige Linken-Wählerinnen und -Wähler. Selbst die Grünen, bei denen es sonst sehr wenig bis gar keinen Austausch zur AfD gibt, verlieren 9 Tsd. Wählerinnen und Wähler an die AfD.

Wie schon bei früheren Wahlen erzielt die AfD ihre besten Wahlergebnisse in den mittleren Altersgruppen. Bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern schneidet die AfD durchschnittlich ab.

Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt die AfD bei Wählerinnen und Wählern mit niedrigem und mittlerem formalem Bildungsabschluss. Hier verzeichnet sie auch überdurchschnittliche Zuwächse. Die AfD gewinnt überdurchschnittlich stark im ländlichen Raum hinzu, hier schneidet sie auch überdurchschnittlich gut ab.

Die **SPD** verliert vor allem an die CDU. 76 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD machen nun ihr Kreuz bei der CDU. Weitere 29 Tsd. Stimmen verliert die SPD an die AfD. Auch an das Nichtwählerlager verliert die SPD 21 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler. Zudem entscheiden sich nun 16 Tsd. frühere SPD-Wählerinnen und -Wähler für eine der sonstigen Parteien und 11 Tsd. für die FDP. Zugewinne verzeichnet die SPD dagegen von den Grünen (+31 Tsd.) und der Linken (+17 Tsd.).

Die SPD schneidet bei älteren Wählerinnen und Wählern sowie bei Personen mit niedrigem formalem Bildungsniveau überdurchschnittlich ab, hat hier aber auch überdurchschnittliche Verluste zu verzeichnen.

Die **Grünen** verlieren an nahezu alle Parteien. Lediglich von der Linken können sie 9 Tsd. Stimmen gewinnen. Mit einem Minus von 57 Tsd. Stimmen verlieren die Grünen vor allem an die CDU. Aber auch zur SPD wechseln 31 Tsd. ehemalige Grünen-Wählerinnen und -Wähler. Zusätzlich verlieren die Grünen 24 Tsd. Stimmen an das Nichtwählerlager und 22 Tsd. an die sonstigen Parteien. Kleinere Verluste verzeichnen die Grünen in Richtung AfD (-9 Tsd.) und FDP (-5 Tsd.).

Die Grünen verlieren besonders stark bei den jüngeren, aber auch den mittelalten Wählerinnen und Wählern, also den Gruppen, bei denen sie bisher besonders gut abschnitten. Bei den älteren Wählerinnen und Wählern können sie ihr Ergebnis dagegen nahezu halten, sodass sich die Altersunterschiede deutlich nivellieren. Wie bei früheren Wahlen schneiden die Grünen mit zunehmender Ortsgröße besser ab. Die Verluste fallen im ländlichen und städtischen Raum aber relativ ähnlich aus.

Die **FDP** verliert vor allem an die CDU. 50 Tsd. ehemalige FDP-Wählerinnen und -Wähler stimmen nun für die Partei des Ministerpräsidenten. Zudem verliert die FDP 24 Tsd. Wählerinnen und Wähler an die AfD. 8 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der FDP bleiben nun der Wahl fern. Zugewinne verbucht die FDP von der SPD (+11 Tsd.), den Grünen (+5 Tsd.) und der Linken (+4 Tsd.).

Die FDP schneidet bei jüngeren Wählerinnen und Wählern überdurchschnittlich gut ab. Ähnlich wie die Grünen erzielt die FDP etwas bessere Ergebnisse in größeren Orten. Allerdings verliert die FDP im ländlichen Raum überdurchschnittlich stark.

Die **Linke** verliert in alle Richtungen, besonders stark an das Nichtwählerlager. 23 Tsd. frühere Wählerinnen und Wähler der Linken gehen dieses Mal nicht zur Wahl. 19 Tsd. Wählerinnen und Wähler wechseln von der Linken zu einer der sonstigen Parteien. Zudem gehen 17 Tsd. Wählerinnen und Wähler von der Linken zur SPD und 14 Tsd. zur AfD. Kleinere Verluste verzeichnet die Linke zudem zu den Grünen (-9 Tsd.), zur CDU (-6 Tsd.) und zur FDP (-4 Tsd.).

Die **sonstigen Parteien** gewinnen 22 Tsd. Wählerinnen und Wähler von den Grünen und 19 Tsd. von der Linken hinzu. Dazu kommen 16 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD und 7 Tsd. der FDP. An die AfD verlieren die sonstigen Parteien dagegen 18 Tsd. Wählerinnen und Wähler. Zum Nichtwählerlager halten sich Zu- und Abstrom die Waage.

-
- ¹ Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap. Alle Grafiken und Tabellen, auf denen die Wahlanalyse beruht, werden in einem gesonderten Tabellenanhang im Detail publiziert und sind ebenfalls unter wahlen.kas.de verfügbar.
 - ² Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Berichtet wird jeweils der Saldo aus Zu- und Abströmen. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen zur Sozialstruktur der Wählerschaften von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

Impressum

Die Autorinnen

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Sabine Pokorny ist Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Dr. Sabine Pokorny

Referentin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3544

sabine.pokorny@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023, Berlin

Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).